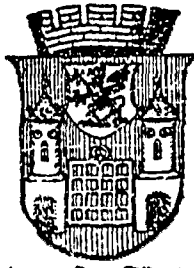


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 202

Montag, den 30. August 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat mit der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt wegen Zuziehung von Prof. Hoersch zur Genfer Delegation. Dieser jedoch hat geäußert, davon Abstand zu nehmen.
— In den Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau ist ein Schiedsspruch erfolgt.
— Der amerikanische Schatzsekretär Mellon hat sich von Wien nach Paris begeben.
— Zwischen Tschang Tsjo Lin und den Behörden in Moskau ist ein erster Konflikt entstanden. Der chinesische Marschall hat eine russische Flotte beschlagnahmt.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und China.

Tschang Tsjo Lin ist auf Moskau nie gut zu sprechen gewesen. In den letzten Tagen aber sind ernsthafte Reibereien entstanden und zwar betreffen sie die ostchinesische Bahn. Der chinesische Marschall behauptet, die Russen hätten sich das Hafeneigentum dieser Bahn widerrechtlich angeeignet und sich geweigert, es auf Aufforderung hin zurückzugeben.

Da die diesbezüglichen Verhandlungen mit Moskau kein Ergebnis zeitigten, hat sich der Marschall kurzerhand entschlossen, die ganze russische Sunkar-Flotte zu konfiszieren. Der Sunghazi ist der Hauptverkehrs-Wasserweg des Landes.

Gleichzeitig hat Tschang Tsjo Lin, dessen Einfluß augenblicklich in Nord-China am größten ist, einen Druck auf das Peking-Kabinett bezüglich des Sowjetbotschafters in Peking Karachan ausgeübt. Das Kabinett hat daraufhin dem russischen Botschafter für seine Mißrede nach Moskau nur 3 Tage Passierzeit für das chinesische Gebiet gegeben. Obwohl dieser Marschall unumgänglicher Herrscher im Norden, auf Grund seiner militärischen Erfolge, geworden ist, hat sein Ansehen doch sehr gelitten durch seine Arroganz. Die Hinrichtung der vierzehn chinesischen Bankiers in Moskau wegen angeblicher Spekulation mit Lebensmitteln — in Wirklichkeit, um den mandschurischen Währungsverfall mit draconischen Maßnahmen aufzuhalten — hat überall größtes Aufsehen erregt und dem Marschall sehr geschadet. Außerdem wird ihm das Vordringen der Kantontuppen im Süden allmählich gefährlich. Die Truppen seines Verbündeten Wu Pei Fu haben sich eine schwere Schlappe geholt.

Es dürfte interessant sein, die russischen Maßnahmen gegen Tschang Tsjo Lin zu erfahren.

Politische Verbände und Kleinkaliberwaffe.

Der preussische Innenminister hat mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Hindenburg des Noten Frontkämpferbundes aufgelöst. Die von der Ortsgruppe und ihren Mitgliedern benutzten militärischen Geräte und Ausbildungsvorschriften sowie Sprengstoffe werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen. Die Gründe ergeben sich aus dem Reichsgerichtsurteil in der Strafsache gegen den Bergmann Viktor Schmialek aus Hindenburg und Genossen. Schmialek, der Unterlassener der K. P. D. war, hat auch zugleich dem engeren Vorstande des Noten Frontkämpferbundes angehört und als Leiter der Waffenausbildung im Frontkämpferbunde Unterricht über Waffenausbildung erteilt und mit einer Anzahl Genossen in einer Sandgrube bei Hindenburg Schießübungen mit der Armeepistole und Versuche mit Sprengstoff vorgenommen.

Das Sprengmaterial und die Pistole mit Munition sollten zunächst zur Ausbildung in der Anwendung und später im Falle eines hochoverräterischen Unternehmens der Verwendung zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen dienen.

Eine Anfrage im Preussischen Landtag.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Preussischen Landtage folgende große Anfrage eingebracht: „Vielfach unterstützt durch amtliche Stellen hat die Ausbildung im Kleinkaliberschießen unter den rechtsgerichteten Verbänden einen großen Umfang angenommen. Die Nachfrage nach Kleinkaliberwaffen soll derartig groß sein, daß selbst ausländische Waffenfabriken Lieferungsanträge für diese Organisationen ausführen. Wir fragen daher das Staatsministerium, ist es imstande Auskunft zu geben:

1. Wieviel Waffenscheine in Preußen für den sogenannten Kleinkalibersport ausgestellt sind?
2. Wieviel Kleinkaliberwaffen und sonstige Waffen im Besitz der rechtsstehenden Organisationen sind?
3. Aus welchen Quellen diese Verbände ihre Munition beziehen und ob es zutrifft, daß Munition sowie Maschinen-gewehre usw. von Reichswehrstellen geliefert werden?
4. In welchem Umfange Reichswehrschießstände benutzt werden und in welchem Umfange derartige Übungen unter-schießungen durch die Reichswehr erhalten?
5. Ob die Schießschießstände der rechtsstehenden Ver-bände polizeilich überwacht werden, und, bejahendenfalls, können die Berichte der Polizei über diese Übungen dem Landtag mitgeteilt werden?

Der Schutz der Eisenbahnen.

Aus Anlaß der in letzter Zeit häufiger aufgetre-teten verbrecherischen Anschläge gegen Eisenbahnanlagen hat im Reichsverkehrsministerium eine Aussprache mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-gesellschaft stattgefunden unter Zuziehung der beteilig-ten Reichs- und preussischen Ressorts. Im Reichsver-kehrsministerium besteht nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung kein Zweifel darüber, daß der Anfall bei Leisferde auf einen verbrecherischen Anschlag zurück-zuführen ist; auch die Kriminalpolizei steht auf dem-selben Standpunkt.

Die Besprechung ergab Einverständnis darüber; daß eine Vermehrung der planmäßigen Streckenbe-gangung keine Aussicht bieten würde, derartige Vor-kommnisse hintanzuhalten. Neben diesen planmäßigen Begehungen wird im Bereich der Deutschen Reichs-bahnverwaltung schon seit Jahren ein besonderer Streifendienst zur unvermuteten Überwachung der Bahnanlagen ausgeübt. Es ist ferner bereits vor eini-gen Monaten Anordnung getroffen, diesen Dienst auf besonders wichtigen oder besonders gefährdeten Streck-ten entsprechend zu verstärken. Diese Maßnahmen wur-den auch bei der Besprechung als durchaus zweckmäßig anerkannt; nach den Ereignissen der letzten Wochen hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-gesellschaft erneut eine Verschärfung des Streifdien-stes angeordnet. Bei der Verfolgung der einzelnen verbrecherischen Anschläge wird auf engste Zusam-menarbeiten zwischen der Kriminalpolizei, die durch namhafte Vertreter an der Besprechung beteiligt war, und der Deutschen Reichsbahngesellschaft größter Wert gelegt.

Politische Rundschau.

— Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat am Frei-tag das Landesfinanzamt in Leipzig besichtigt. In einer Ansprache dankte er den Beamten des Landesfinanzamtes für ihre mühevollen Arbeit.

— Am Sonntag feierte der Chef der Polizeibehörde im preussischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Wilhelm Heega, seinen 50. Geburtstag.

— Wie aus Magdeburg gemeldet wird, hat der stell-vertretende Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Front-soldaten, Duesterberg, an den preussischen Minister des In-nern, Severing, ein Protestschreiben gegen den Erlass des Regierungspräsidenten Grötkner gerichtet, der seinen Be-amten die Jugendfreizeit zum Stahlhelm verbietet.

— **Schiedsspruch im Ruhrbergbau.** Nach i-tä-gigen Verhandlungen ist nun in Essen der Schiedsspruch in der Lohnfrage gefällt worden. Er bringt im ganzen eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 4 v. H., während die Forderungen der Arbeitnehmer darauf hingingen, einen allgemeinen Lohnzuschlag von 80 Pfennigen für alle Lohnstufen zu erhalten, also prozentual etwa 10 bis 15 v. H. der geltenden Lohnsätze. Den Parteien wurde Erklärungsfrist bis zum 28. August, mittags 1 Uhr, gesetzt. Der Besenverband hat für die Arbeitgeber den Schiedsspruch bereits abgelehnt. Die Bergarbeiterverbände haben beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen und seine Verbindlichkeit beim Reichsarbeitsminister zu beantragen. Die hierpen-zentige Lohnerhöhung ist rund gerechnet der Anteil, um den der derzeitige Bergarbeiterlohn, an der jetzigen Tenerung gemessen, hinter dem Friedenslohn zurück-steht. In der Begründung wurde betont, daß die Lage im Bergbau sich von der Lage in anderen Industrien wesentlich unterscheidet. Zu den Besserungsansätzen, die auf der sogenannten Rationalisierung und auf allge-meinen wirtschaftlichen Gründen beruhen, kommt als entscheidendes Moment die Auswirkung des englischen

Streiks hinzu. Der Bergbau hat diese Konjunktur unter den letzten Arbeitsbedingungen genossen. Im Juli wurde die beste Monatsförderung des Rekord-jahres 1913 überschritten. Im August haben sich diese Juli-Ergebnisse bis jetzt noch verbessert. Der Berg-aarbeiter hat daher Anspruch auf den Friedensreallohn.

— **Wirtschaftsverhandlungen mit Japan.** Nachdem durch Abschluß eines Abkommens zwischen der S. G. Farbenindustrie und Japan über die Behandlung der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen be-seitigt ist, besteht auf allen Seiten der Wunsch, die Ver-handlungen über den Handelsvertrag nunmehr bald-möglichst zu Ende zu führen. Da hierzu noch ein-gehende Besprechungen mit den beteiligten Stellen not-wendig sind, wird der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Soif, im September in Berlin eintreffen, um über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen münd-lich zu berichten und die Grundlage für die Weiter-führung der Verhandlungen zu erörtern.

Ausland.

— Der Pariser Botschafter der Sowjet-Union, Na-kowski, verhandelt mit der spanischen Botschaft in Paris wegen der de jure-Anerkennung Portugals durch Spanien.

— Als Nachfolger de Fouvenels im Oberkommissariat von Syrien ist der Direktor der Afrika- und Orientabteilung in Paris, Bonnot, ernannt worden. Bonnot gehörte be-kanntlich auch der französischen Unterhändlerkommission auf der Friedenskonferenz von Udjda an.

— Die griechische Regierung ist einer Verschwörung auf die Spur gekommen, die Pangalos aus dem Gefängnis befreien sollte. General Kondylis hat deshalb den früheren Diktator auf die Insel Strera in das alte türkische Gefängnis schassen lassen.

— Am Freitag morgen fand in Anagora die Hinrich-tung der vier Verurteilten im Jungtürkenprozess statt, worunter auch Djavid Bey, der frühere Minister.

— **Ernennung Pilsudskis zum Generalinspektor der Armee.**

— **Warschau.** Der Staatspräsident hat einen Erlass unterzeichnet, wonach Marschall Pilsudski zum Gene-ralinspektor des polnischen Heeres ernannt wird.

Ausgleich im Reparationskonto.

— **Paris, 30. August.** Der neue französische De-legierte und Präsident der Reparationskommission, Chapsal, wird erst am 1. September dieses Jahres sein Amt antreten. Bei dieser Gelegenheit wird er ankündigen, daß der französische Anteil an den deut-schen Reparationsleistungen, der bisher 52 Prozent betrug, auf 54 Prozent erhöht wird. Die belgische Priorität ist durch die bisherigen deutschen Leistungen erschöpft, wodurch sich der Anteil Belgiens von 8 auf 4½ Prozent erniedrigt. Die freiverdenden 3½ Pro-zent der Reparationsleistungen werden sich auf Frank-reich und England verteilen. Frankreichs Anteil wird um zwei Prozent erhöht. Belgien hat als Priorität im ganzen zwei Milliarden Goldmark erhalten. Die Sachlieferungen für zwei Jahre sind vollkommen auf-gebraucht. Ein Teil der Lieferungsverträge mußte auf-gehoben werden, weil man das neue Reparations-jahr abwarten muß. Was die Abrechnung aus der Ruhrbesetzung betrifft, so sind sie unter den Alliierten vollkommen ausgeglichen und zwischen den Alliierten und Deutschland steht ein baldiger endgültiger Abschluß bevor.

Die Machenschaften um Abessinien.

— **London, 30. August.** Die britische Vereini-gung „Nie wieder Krieg“ wird im Internationalen Friedenskongress, der in Genf zusammentritt, folgende Resolution zur Annahme empfehlen: Der Internatio-nale Friedenskongress protestiert schärfstens gegen die geheimen Abmachungen zwischen den Regierungen Großbritanniens und Italiens, die in vitaler Weise das wirtschaftliche Leben des abessinischen Volkes be-rühren. Der Kongress ist der Meinung, daß diese Abmachungen im Interesse des britischen und italia-nischen wirtschaftlichen Imperialismus ohne Rücksicht auf die Wünsche oder das Wohlergehen des am meisten interessierten Landes getroffen worden sind. Der Kon-gress unterstützt den Appel, der von Abessinien an der Völkerbund gerichtet worden ist, und verlangt vom Völkerbundsrat, daß er bei Behandlung dieser Ange-legenheit feststellt, daß er nicht länger solche Ein-mischungen von Großmächten in das Wirtschaftsleben kleinerer Nationen dulden wird.

Weitere Zustände in Polen.

— Pilsudskis Organ gibt eine Statistik heraus über die durch Korruption entstandenen Schäden für Polen. Danach ist der Staatskassas jährlich um 630 Millionen Krown be-